

Vom Hörensagen lernt man lügen!

Kann es wirklich möglich sein, dass aufgrund medialer Vorverurteilung und Hörensagen über den Rücktritt von Markus Hürlimann diskutiert wird? Bürger, die Markus Hürlimann gewählt haben und seine politische Karriere verfolgen wissen, dass er äusserst fair, gradlinig und sachbezogen politisiert. Hürlimann ist bekannt für den neuen SVP Stil - intelligent, bestens ausgebildet und sachorientiert. Laut Pol-

tern ohne Faktenlage, wie das jetzt sogar parteiintern geschieht, macht die SVP bei einem breiten Wahlpublikum nicht sympathischer. Mutet eher so an, als ob man politische Senkrechtstarter auf Verdacht hin loswerden will. Damit die Polter- und Stammtischpolitiker weiterhin das Bild der SVP prägen können.

Antonela Vujevic, Baar

Politroboter

Ein Politroboter, anstelle von echten Politikern, wäre mein ironischer Vorschlag zur aktuellen Hexenjagd. Einmal gespeist mit dem entsprechenden Parteiprogramm, kann der Politroboter ganz ohne Lebenserfahrung, ohne Herzlichkeit und ohne gesundem Menschenverstand über Gesetze und Bevölkerung entscheiden. Alles ganz sachlich, ohne Gefühle, ohne Respekt, ohne Ausrutscher und ohne Freude. Nie würde ein solcher Roboter Gefahr laufen, in Turbulenzen zu geraten, die das Leben nun mal schreibt. Sind es solche Eigen-

schaften, die einen Volksvertreter auszeichnen sollen? Ich persönlich ziehe einen Politiker aus Fleisch und Blut vor. Letztlich werden Kantonsräte von Menschen mit Schwächen und Stärken gewählt. Weshalb sollten ausgerechnet diese keine Schwächen haben? Ich denke da zum Beispiel auch an vom Volk gewählte Kantonsräte, die sich durch ein Medienspektakel derart irritieren lassen und die Arbeit mit Fernbleiben von Sitzungen verweigern...

Adrian Maurer, Neuheim

Sprachliche Frühförderung

An der vergangenen Kantonsrats-sitzung konnte auf Antrag der SVP die Sprachliche Frühförderung erfolgreich aus dem überarbeiteten Schulgesetz gestrichen werden. Mit einem neuen Paragraphen im Schulgesetz wäre es möglich geworden, dass die Gemeinden die Kinder bereits vor dem Eintritt in den obligatorischen Kindergarten zur Teilnahme an diesem Angebot verpflichten könnten. Die Sprachliche Frühförderung hat nichts im Schulgesetz verloren. Bereits jetzt können Gemeinden ein Angebot - falls Bedarf besteht - anbieten. Dieses Angebot kann dann auch freiwillig besucht werden. Die SVP Fraktion ist klar der Meinung, dass die Kinder im Kindergarten unsere

Sprache erlernen können. Zusätzlich gibt es bereits heute Massnahmen wie zum Beispiel DaZ (Deutsch als Zweitsprache), welche die Kinder zusätzlich unterstützen, falls Bedarf besteht. Wie können wir überprüfen, ob die Kinder bevor sie in den Kindergarten kommen bereits genügend Deutschkenntnisse besitzen oder nicht? Wer stellt die Kriterien für die genügenden Kenntnisse auf? Nach welchen Kriterien suchen wir die Kinder aus oder wollen wir alle Kinder «vorabklären»? Müssen wir dazu neue Stellen schaffen? Die Umsetzung dieses Paragraphen ist komplex und wäre überhaupt nicht praktikabel gewesen.

Beni Riedi, Baar

FDP im Clinch mit dem Rechtsstaat

Die ehemals «staatstragende» Partei FDP foutiert sich erstaunlicherweise um Recht und Gesetz und konzentriert sich mittlerweile lieber auf die erotischen Ausschweifungen parteiübergreifender «Koooperationen». Während die FDP-Fraktion des Zuger Kantonsrates sich ausserstande sieht, mit den Protagonisten nach der Stübli-Affäre an der ansonsten so würdevollen Landammannfeier zum politischen Tagesgeschäft zurückzukehren, haben die FDP-Motionäre keine Mühe, Motionen mit klar und eindeutig rechtsbrechendem Inhalt aufzugleisen. Frei nach der Devise: Wenn es um die Zuger «Kohle» geht, dann gilt das Bundesrecht nicht mehr. Zahlungen an den Nationalen Finanzausgleich sollen auf einem Sperrkonto landen, um das eidgenössische Parlament gefügig zu machen. Landläufig wird dies als «Erpressung» verstanden: Ein Straftatbestand. Gehört dies mittlerweile zum Demokratieverständnis der FDP? Können der Bürger und die Bürgerin diese Fraktion noch ernst nehmen? Die FDP-Fraktion ist

bereits vor Ablauf aller rechtlichen Abklärungen in der «Sex-Affäre» in der komfortablen Situation, den beiden PolitikerInnen das Vertrauen im politischen Alltagsgeschäft zu entziehen. Um das ansonsten vielbemühte Prinzip der Unschuldsvermutung in einem Rechtsstaat foutieren sich die «Liberalen». Ich ziehe es vor, die Schlussresultate der Untersuchungsbehörde abzuwarten, bevor ich mit der Moralkeule durch die Zuger Lande pilgere. Auffallend und störend ist diese scheinheilige Entrüstung allerorten über eine erotische Angelegenheit zweier politischer Persönlichkeiten. Würden moralische Ansprüche gelten, wie sie jetzt aus allen Ecken proklamiert werden, so würden sich die Reihen im Kantonsrat wahrscheinlich merklich lichten. Aber auch hier gilt die Unschuldsvermutung. Die einzig relevante Frage, die strafrechtlich zu beantworten wäre, ist folgende: Wurden vor der «Stübli-Affäre» Mittel eingesetzt, welche eine sexuelle Nötigung zur Folge hatte oder nicht?

Toni Kleimann, Cham

Stadttunnel Zug

SP Das Bauprojekt vermindert den Verkehr nicht - er verlagert ihn

Der Zuger Stadttunnel wird im Sommer 2015 von der Bevölkerung an der Urne beurteilt. Als Kantonsrat kann ich bereits Ende Februar in der 2. Lesung über dieses Jahrhundertwerk mitentscheiden.

Von Hubert Schuler

Mit rund 1000 Millionen Franken sollen die Stadtquartiere Casino bis Bahnhof entlastet werden. Weniger motorisierter Verkehr bedeutet für diese Quartiere eine Erhöhung der Lebensqualität. Dies ist zu begrüssen, denn die Stadt kann dadurch nur gewinnen. Was ist aber mit den anderen Quartieren? Der Stadttunnel soll nicht Verkehr vermindern, sondern nur verlagern. Auf der Nordzufahrt staut es in Stosszeiten schon jetzt. Dieses Quartier wird noch laufend ausgebaut. Sicher, der Stau in den Strassen der Stadt ist belastend. Aber der Dichtstress besteht während dreimal 20 Minuten (Morgen, Mittag und Abend). Oft höre ich das Argument, dass jetzt endliche etwas gemacht werden



Bild: ZW-Archiv

Hubert Schuler, Kantonsrat SP Hünenberg

müsse, schon zu lange sei gewartet worden. Dies sei die letzte Chance. Diese Argumente wurden auch früher ins Feld geführt. Vielleicht haben wir die guten Bus- und Stadtbahnverbindungen, weil wir bis jetzt keinen Stadttunnel gebaut haben.

Ich bin überzeugt, dass die Generationen nach uns auch gute Verkehrsideen haben. Sie werden eine vernünftige und finanzierbare Alternative realisieren. Dafür werden sie keine so hohen Schulden übernehmen müssen, welche durch den Tunnel verursacht würden. Ist es richtig, dass der Kanton ein Sparpaket von bis zu 100 Millionen pro Jahr schnürt und gleichzeitig ein Loch für 1000 Millionen produziert? Das fehlende Geld wird dann in Bildung, Soziales und Gesundheit eingespart. Es wäre doch schön, wenn im Kanton Zug ein so technisch hervorragendes Bauprojekt stehen würde. Dies würde über Jahrzehnte die Offenheit und Visionskraft der Zuger Bevölkerung widerspiegeln. Aber ist das das richtige Zeichen? Das Projekt wäre technisch unbestritten eine Meisterleistung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass das Verhältnis Nutzen - Kosten in keinem Verhältnis steht, und werde in der Schlussabstimmung im Kantonsrat nein stimmen.

Familien unterstützen

CVP steht für eine familien- und mittelstandsfreundliche Politik ein

Mit ihrer Initiative will die CVP die Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von der Steuer befreien.

Von Gerhard Pfister

Familien mit Kindern und insbesondere Familien mit Kindern in Ausbildung sind starken finanziellen Belastungen ausgesetzt. Familienzulagen sollen diese Mehrbelastung mindern. Heute kommt diese Unterstützung den Familien nur teilweise zugute, da durch die Besteuerung ein Teil des Geldes wieder in die Staatskassen fliesst. Wer eine Familie gründet, fragt nicht zuerst nach den Kosten. Trotzdem: Mit der Geburt des ersten Kindes erleiden Eltern eine Kaufkraftminderung von 40 Prozent. Um diese Kaufkraftminderung zu kompensieren, werden Kinder- und Ausbildungszulagen ausgerichtet. Bis anhin kommen diese Zulagen einer Lohnerhöhung gleich, die ausschliesslich durch Elternschaft be-



Bild: ZW-Archiv

Gerhard Pfister, CVP Nationalrat

gründet wird. Nur weil sie Kinder haben, rutschen Familien in eine höhere Steuerprogression und zahlen dadurch mehr Steuern. Es ist gerecht, das Einkommen, das durch die Arbeit erzielt wurde zu besteu-

ern, nicht aber den Beitrag, den die Familie zur Kaufkraftkompensation erhält. Die Initiative will die Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von der Steuer befreien. Es kann nicht der Sinn dieser Zulagen sein, dass die Arbeitgeber die Familien mit einer Hand unterstützen und Kinder- und Ausbildungszulagen bezahlen, und der Staat mit der andern Hand einen Teil dieses Geldes mittels Steuern gleich wieder einkassiert. Heute werden jährlich Familienzulagen in der Höhe von über fünf Milliarden Franken ausbezahlt. Davon nimmt der Staat den Familien gleich wieder fast eine Milliarde weg. Etwa 250 Millionen Franken jährlich gehen an den Bund. Den Rest, ca. 650 Millionen Franken, kassieren die Kantone. Die CVP ist die Familienpartei. Das Herzstück unserer Politik ist und bleibt die Familie. Wir setzen uns für eine familien- und mittelstandsfreundliche Politik ein. Deshalb JA zu Familieninitiative der CVP.

Faire Sachpolitik im Zentrum

ALG Medien sollten über relevante Themen im Kantonsrat berichten

Fraktion Alternativen - die Grünen (ALG) Zug teilt Folgendes zu den laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Nachgang des 20. Dezember 2014 mit:

PD/LF - Im Nachgang des 20. Dezember hat die Staatsanwaltschaft - informiert durch das Kantonsspital - eigenständig Ermittlungen aufgenommen. Diese laufen noch immer. Dazu möchte sich die Fraktion nicht äussern. Zum Nachteil aller Beteiligten und deren Familien

sei der Fall den Medien zugespielt worden, worauf Prinzipien des Rechtsstaates wie Unschuldsvermutung und Persönlichkeitsschutz verletzt worden wären. Alleine aufgrund ungesicherter Medienspekulationen, ohne jegliche juristische Relevanz, sei es unangemessen, die Zusammenarbeit mit gewählten Kantonsratsmitgliedern zu verweigern. Jolanda Spiess-Heggin will ihr Amt als Kantonsrätin weiter wahrnehmen, auch wenn dies nicht einfach werden dürfte.

Grosse Herausforderungen

Die ALG erklärt, für sie stehe eine faire Sachpolitik im Dienste von Zug und seiner Bevölkerung im Zentrum. Der Kanton stehe gerade im aktuellen Jahr 2015 vor grossen Herausforderungen (Stadttunnel, Umgang mit roten Zahlen, Sparpaket). Die Fraktion Alternativen - die Grünen würde es begrüssen, die Medien würden die Bevölkerung über diese relevanten Debatten im Kantonsrat ausführlich und sachlich informieren.